

COVID-19: Die Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitischen Maßnahmen und zur Impfstoffverteilung; Umfrageergebnisse zur internationalen Solidarität während der Corona-Pandemie

Eger, Jens; Schneider, Sebastian H.; Sassenhagen, Nora; Bruder, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eger, J., Schneider, S. H., Sassenhagen, N., & Bruder, M. (2022). *COVID-19: Die Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitischen Maßnahmen und zur Impfstoffverteilung; Umfrageergebnisse zur internationalen Solidarität während der Corona-Pandemie*. (DEval Policy Brief, 2/2022). Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-78059-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

COVID-19: DIE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG ZU ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN MASSNAHMEN UND ZUR IMPFSTOFFVERTEILUNG

Umfrageergebnisse zur internationalen Solidarität während der Corona-Pandemie

Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter 1.000 Personen in Deutschland im November 2021 zeigen:

- 1) Die Unterstützung der deutschen Bevölkerung für entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im globalen Süden ist weiterhin hoch. Dies gilt besonders für Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und zur Ernährungssicherung. Einen Schuldenerlass oder Wirtschaftsförderung beurteilen die Befragten dagegen skeptischer.
- 2) Die Abgabe von Impfstoffen an Länder des globalen Südens wird auch über das bisherige Maß hinaus positiv bewertet.
- 3) Bezüglich einer Aussetzung des Patentschutzes für COVID-19-Impfstoffe sind die Bürger*innen geteilter Meinung.

So bietet die – trotz der akuten Corona-Situation in Deutschland – hohe Unterstützung der Bevölkerung für Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie im globalen Süden eine solide Grundlage für die Entwicklungszusammenarbeit.

COVID-19 im globalen Süden als entwicklungspolitische Herausforderung

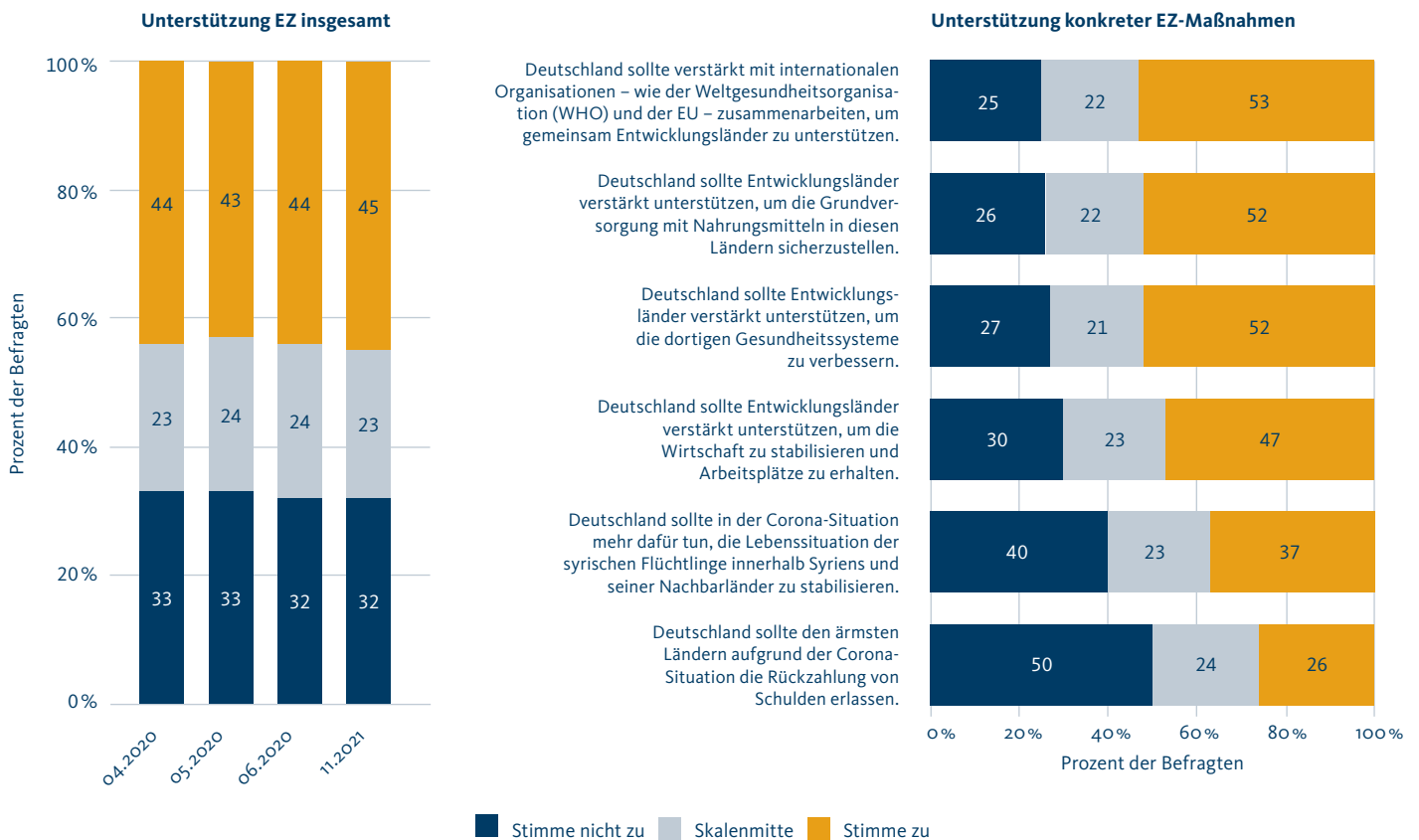
Um die Corona-Pandemie zu bewältigen, benötigen viele Länder des globalen Südens Unterstützung. So können Impfstoffe beschafft und die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abgefedert werden. Während in den meisten

Ländern des globalen Nordens die Impfquoten hoch sind, stehen die Impfkampagnen im globalen Süden oft noch am Anfang (John Hopkins University, 2021). Entwicklungspolitische Akteure befürworten deshalb die direkte Abgabe von Impfstoffen – etwa im Rahmen der COVAX-Initiative der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) und diskutieren die Aufhebung des Patentschutzes für COVID-19-Impfstoffe. Ohne Patentschutz, so die Annahme, könnten Länder des globalen Südens eigenständig Impfstoffe herstellen und somit ihre Bevölkerung kostengünstiger und somit wahrscheinlich auch umfassender impfen. Die Impfstoffentwickler und -hersteller müssten dagegen finanzielle Einbußen hinnehmen.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Corona-Infektionen in Deutschland aktuell (Stand: Februar 2022) wieder rapide und erreicht neue Höchstwerte. Dies verdeutlicht, dass auch eine Impfquote von rund 70 Prozent nicht ausreichend vor weiteren folgenschweren Corona-Ausbrüchen schützt. Booster-Impfungen, Impfstoffe für Kinder und Impfungen bislang ungeimpfter Personen werden benötigt, um die Bevölkerung in Deutschland vor dem Virus zu schützen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Bürger*innen entwicklungspolitische Maßnahmen für Länder des globalen Südens – beispielsweise durch finanzielle Unterstützung – sowie die Abgabe von Impfstoffen oder eine Aussetzung des Patentschutzes befürworten.

Im November 2021 wurden deshalb 1.000 Personen in einer repräsentativen Online-Umfrage befragt, wie sie die Pandemie

Abbildung 1 Unterstützung von entwicklungspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Quelle: Eigene Darstellung. Datenbasis: eigene DEval-Erhebung durch das Marktforschungsinstitut Respondi (Nov. 2021, N ≈ 1.000) sowie Erhebungen des COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO; 04.2020-06.2020; N jeweils = 1.000; siehe Schneider et al. 2020). Die rechte Abbildung bezieht sich auf die Erhebung im November 2021. Alle dargestellten Aussagen wurden mit einer siebenstufigen Antwortskala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“ abgefragt. Zur besseren Veranschaulichung wurden die Antwortkategorien 1 bis 3 zu „stimme nicht zu“ und die Kategorien 5 bis 7 zu „stimme zu“ zusammengefasst. Die Kategorie 4 entspricht der Skalenmitte.

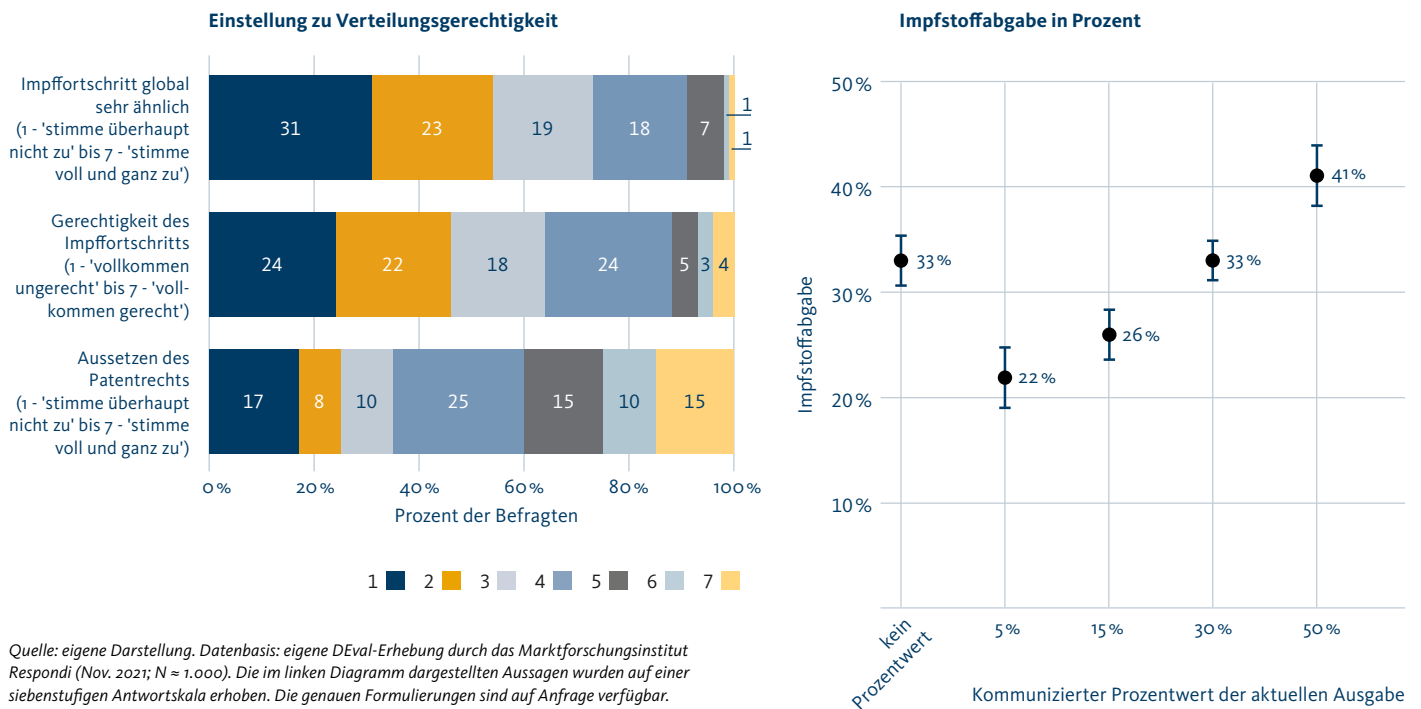
wahrnehmen und wie sie zu entwicklungspolitischem Engagement stehen, um die Pandemie zu bekämpfen.

Die Bevölkerung unterstützt entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie

Abbildung 1 (linkes Diagramm) zeigt, dass rund 45 Prozent der Bürger*innen entwicklungspolitisches Engagement zur Bekämpfung der Corona-Situation unterstützen. Demgegenüber stehen 30 Prozent, die eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu diesem Zweck (eher) nicht unterstützen. Die Zustimmung ist somit auf demselben Niveau wie im Frühjahr und Sommer 2020 (Schneider et al., 2020).

Maßnahmen, die darauf abzielen, die Gesundheitssysteme in Ländern des globalen Südens zu verbessern und die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, werden weiterhin am stärksten (von rund der Hälfte der Befragten) unterstützt (Abbildung 1, rechtes Diagramm). Ein ähnlicher Anteil der Befragten befürwortet auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der WHO und der Europäischen Union (EU) zur Bewältigung der Pandemie.

Skeptisch ist die Bevölkerung gegenüber einem Erlass von Schulden. Nur rund 26 Prozent der Befragten stimmen einem Schuldenerlass für die ärmsten Länder aufgrund der Corona-Situation zu. Diese Ergebnisse sind im Vergleich zu vorherigen Befragungen weitgehend unverändert.

Abbildung 2 Wahrnehmungen und Einstellungen zur Verteilung von COVID-19-Impfstoffen

Die Impfstoffverteilung wird als ungleich und ungerecht wahrgenommen, eine Impfstoffabgabe unterstützt

Die weltweite Verteilung der COVID-19-Impfstoffe nimmt die Bevölkerung als ungleich wahr. Nur 9 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu: „Der sogenannte Impffortschritt – also der prozentuale Anteil der geimpften Personen – ist global sehr ähnlich“ (Abbildung 2, linkes Diagramm).

Zudem überschätzen die Befragten insbesondere den Impffortschritt im globalen Süden. Durchschnittlich gehen sie von einer dortigen Impfquote von 29 Prozent aus. Weltweit schätzen sie den Fortschritt im Schnitt auf 48 und in der EU auf 62 Prozent. Tatsächlich lag der Impffortschritt laut offiziellen Statistiken im November 2021 in Ländern mit niedrigem Einkommen bei zwei Prozent, in Ländern mit niedrigem mittlerem Einkommen bei 23 Prozent, weltweit bei 41 Prozent und in der EU bei 66 Prozent.¹

Wenn die Befragten mit den aktuellen Impffortschritten in Deutschland und im globalen Süden konfrontiert werden, nehmen sie diese Verteilung als ungerecht wahr. Nur 12 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Verteilung als (eher) gerecht empfinden (Abbildung 2, linkes Diagramm).

Bei der Frage, ob der Patentschutz für die Impfstoffe aufgehoben werden sollte, ist die Bevölkerung geteilter Meinung. Während 40 Prozent angeben, dass der Patentschutz ausgesetzt werden sollte, positionieren sich 35 Prozent dagegen. Einer Abgabe von Impfstoffen stehen die Bürger*innen deutlich positiver gegenüber. Im Durchschnitt geben sie an, dass Deutschland rund 32 Prozent seiner Impfstoffe an Länder des globalen Südens abgeben sollte. Dies ist deutlich mehr als der geschätzte bisherige Abgabeanteil von etwa 14 Prozent.²

Besonders interessant ist, dass dieser Wert umso höher ausfällt, je größer die kommunizierten abgegebenen Impfstoffmengen der Bundesregierung sind. In einem Experiment erhielten vier Gruppen jeweils die Information, dass Deutschland 5, 15, 30 oder 50

¹ Quelle: Our World in Data. Share of the population fully vaccinated against COVID-19, Nov 13, 2021, <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations> (abgerufen am 26.11.2021). Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf Personen mit vollständigem Impfschutz.

² Berechnung: In Deutschland wurden bisher rund 110 Millionen Impfdosen verabreicht (<https://impfdashboard.de/>). Etwa 17,6 Millionen Impfdosen wurden entweder bilateral oder über die Initiative COVAX für Länder des globalen Südens bereitgestellt, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-vakzine-deutschland-spenden-100.html> (abgerufen am 26.11.2021).

Prozent der eigenen Impfstoffe abgeben würde; eine Kontrollgruppe erhielt keine Information zur Abgabemenge. Abbildung 2 (rechtes Diagramm) zeigt den durchschnittlich befürworteten Impfstoffanteil zur Abgabe pro Gruppe in Prozent. Wenn die Befragten keine Information über die Impfstoffabgabe der Bundesregierung erhalten (Kontrollgruppe), meinen sie, dass die Bundesregierung 33 Prozent ihrer Impfstoffmengen abgeben sollte. Wenn kommuniziert wurde, wie viel Impfstoffe Deutschland angeblich abgibt, orientieren sie sich an dieser Angabe und weichen vom Ergebnis der Kontrollgruppe ab. Während die Befragten, denen eine Abgabe von 5 Prozent der deutschen Impfstoffmengen kommuniziert wurde, im Durchschnitt eine Abgabe von 22 Prozent der Impfstoffe befürworten, sind es in der Gruppe, die von einer Abgabe von 50 Prozent der Impfstoffe ausgeht, im Schnitt 41 Prozent.

Dass sich Menschen bei Entscheidungen stark an vorhandenen Vergleichsinformationen orientieren, wird in der Wissenschaft als Anker-Effekt bezeichnet (Furnham und Boo, 2011).

Öffentliche Unterstützung als solide Grundlage für entwicklungspolitische Corona-Maßnahmen

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen: Obwohl sich die Pandemielage in Deutschland deutlich verschärft, unterstützt die Bevölkerung weiterhin Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie im globalen Süden. Dies umfasst auch die Abgabe von Impfstoffen über das bisherige Maß hinaus. Wird die entwicklungspolitische Entscheidung, einen gewissen Prozentsatz der eigenen Impfstoffe an Länder des globalen Südens abzugeben, kommuniziert, hat diese eine starke Anker-Wirkung auf die Befragten. Dies kann ein Indiz dafür sein, dass die Bürger*innen den entwicklungspolitischen Entscheidungsträger*innen die Kompetenz zusprechen, die aktuelle Lage adäquat zu beurteilen und sich anschließend in ihrer eigenen Einschätzung an der Bewertung der Politiker*innen orientieren. Inwiefern diese Befunde auch in einer sich weiter verschärfenden Pandemiesituation stabil bleiben, ist offen – die vorliegenden Daten liefern jedoch keine Hinweise auf starke negative oder positive Effekte der Pandemiesituation in Deutschland auf die entwicklungspolitischen Einstellungen der Bevölkerung.

Literatur

Furnham, A. und Boo, H.C. (2011), "A literature review of the anchoring effect" The Journal of Socio-economics, 40(1), S. 35–42.

Johns Hopkins University (2021), *Johns Hopkins Coronavirus Resource Center – Vaccine tracker*, <https://hub.jhu.edu/2020/12/18/coronavirus-resource-center-adds-vaccine-tracker/> (abgerufen am 26. November 2021).

Schneider, S.H., Eger, J., Bruder, M. und Faust, J. (2020), *Öffentliche Meinung zu internationaler Solidarität in der Corona-Pandemie*. DEval Policy Brief 4/2020, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.



Jens Eger
Evaluator



Dr. Sebastian H. Schneider
Teamleiter



Nora Sassenhagen
Evaluatorin



Dr. Martin Bruder
Abteilungsleiter

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter zu machen.